



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	6
3.	Griechische Zyprioten .....	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitische Entwicklungen .....	7
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	8
4.	Türkische Zyprioten .....	10
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	10
	Innenpolitische Entwicklungen .....	11
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	11
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

## **FES NEWS**

- bitte folgen und besuchen Sie uns auf –  
[@FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

[www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

## 1. Das Zypernproblem

Im Rahmen der neuen Runde intensiver Verhandlungen, die im August begann und die die bestehenden Differenzen in den bisher verhandelten Kapiteln überbrücken soll, haben sich der griechisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Nicos Anastasiades und sein türkisch-zypriotischer Amtskollege Mustafa Akinci am 2., 6., 8., 10. und 14. September getroffen. Mit dem Treffen am 14. September fand die aktuelle Verhandlungsphase, auf der eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht wurde, ihren Abschluss.

In der mit Spannung erwarteten Erklärung wiederholten die beiden Volksgruppenvertreter ihre Zusage, dass sie bis Jahresende trotz der bestehenden Herausforderungen eine Lösung finden wollen. Des Weiteren wurde auf die bedeutenden Fortschritte in einer Reihe ausstehender Punkte, wie der Teilung der Macht und Regierungsführung, Wirtschaft, EU-Angelegenheiten und Eigentum, Bezug genommen. Die beiden Politiker waren sich darin einig, UN-Generalsekretär Ban Ki Moon bei dem für den 25. September angesetzten Treffen am Rande der UN-Generalversammlung um ein intensiveres persönliches Engagement zu bitten.

Das Treffen mit dem UN-Generalsekretär bot eine gute Gelegenheit, die bisherigen Fortschritte sowie die bestehenden Differenzen in bestimmten Verhandlungskapiteln zu erläutern. Ban Ki Moon lobte die außerordentlichen Bemühungen der Volksgruppenvertreter und begrüßte die gemeinsame Erklärung. Was sein persönliches Engagement betreffe, so sei er

bereit, die Volksgruppenvertreter wann immer sie es wünschten zu unterstützen. Dies gelte auch auf internationaler Ebene. Die nächsten Gespräche sind für den 4. Oktober geplant.

Es scheint, als ob Anastasiades und Akinci mit unterschiedlichen Eindrücken aus dem Treffen kamen. Anastasiades erklärte, er sei mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Es habe keine Festlegung auf einen verbindlichen Verhandlungszeitplan und einen Verhandlungsmodus gegeben. Es werde auch keine Vermittlerrolle für externe Akteure geben und die Verhandlungen blieben weiterhin allein in zypriotischer Hand. Es wurde auch kein Zeitpunkt für die Fünfparteienkonferenz festgelegt. All dies sind zentrale griechisch-zypriotische Positionen, die vor allem für die hardline Oppositionsparteien von großer Bedeutung sind. Laut Akinci gebe es jedoch einen natürlichen Zeitplan, da 2016 Ban Ki Moons Amtszeit ende und die amerikanischen Präsidentschaftswahlen stattfänden und 2018 im Süden ein neuer Präsident gewählt werde. Auf einer Pressekonferenz im Norden<sup>1</sup> bezog sich Akinci nach seiner Rückkehr aus New York auf die drei Phasen im Verhandlungsprozess, welche vor Jahresende stattfinden müssten. In der ersten Phase, welche am 4. Oktober

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

beginne, liege der Schwerpunkt auf den noch offenen Fragen. Die zweite Phase umfasse ein Treffen vergleichbar mit einem Camp David-Treffen, auf dem die beiden Volksgruppenvertreter außerhalb Zyperns den territorialen Aspekt einer Lösung verhandeln werden. In der dritten Phase finde dann laut Akinci ein multilaterales Fünfparteientreffen statt, auf dem Sicherheits- und Garantiefragen besprochen würden.

Die beiden Seiten haben scheinbar unterschiedliche Verhandlungsstrategien: die griechisch-zypriotische Seite versucht möglichst viele Konvergenzen während der Gespräche in Zypern zu erreichen, während laut der türkisch-zypriotischen Seite das schwierige Gebietsthema nicht in Zypern verhandelt werden könne, sondern auf einem Treffen der beiden Volksgruppenvertreter im Ausland. Außerdem scheint es, dass die griechisch-zypriotische Seite Gebietsfragen in Zypern verhandeln will, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen, während für die türkischen Zyprioten Territorialfragen, bei denen es vor allem um die Rückgabe von Gebieten an die griechisch-zypriotische Seite geht, im Zusammenhang mit Sicherheit und Garantie stehen und in der letzten Phase auf einem Treffen mit mehreren Parteien verhandelt werden sollten.

Die offizielle Position der UN ist, dass es zwar keinen Zeitplan gibt, der Zeitfaktor aber von größter Bedeutung ist. Laut dem UN-Sonderberater Espen Barth Eide gebe es auch einen Konsens über ein Dreiparteientreffen mit Ban Ki Moon, welches demnächst stattfinden soll.

Am 27. September traf sich Präsident Anastasiades mit der britischen Premierministerin Theresa May. Die beiden Staatsführer diskutierten das Zypernproblem in aller Ausführlichkeit. Berichten zufolge habe May gegenüber Anastasiades zum Ausdruck gebracht, dass ihre Regierung nicht auf ihrem Garantiemächtestatus beharre und bereit sei jede Rolle einzunehmen, auf die sich die beiden Seiten in Zypern einigen.

Am 22. September hielt Präsident Anastasiades eine Rede vor der UN-Vollversammlung, in welcher er die wichtigsten Probleme in den Verhandlungen benannte. Die Eigentums-, Territoriums-, Sicherheits- und Garantiefragen, entschieden, ob eine Lösung möglich sei. Des Weiteren betonte er, dass die finanzielle Seite einer Lösung bedacht werden müsse. Eine Lösung wäre eine Win-Win-Situation für alle Zyprioten und könne ein gutes Beispiel für friedliche Koexistenz sein.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die Europäische Kommission gaben die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Finanzierung einer Straße zwischen Lefka und Aplici bekannt. Laut einer Pressemitteilung des UNDP, beziehe sich die Vereinbarung nur auf die Straßenarbeiten im nördlichen Teil Zyperns. Das Projekt soll fünf Monate nach Vertragsunterzeichnung abgeschlossen sein. Die Projektkosten in Höhe von ca. 600,000 Euro werden von der Europäischen Union im Rahmen eines Hilfsprogramms für die türkisch-zypriotische Volksgruppe vollständig getragen.

Anlässlich des zypriotischen Unabhängigkeitstages am 1. Oktober lobte der amerikanische Außenminister John Kerry den andauernden Einsatz der beiden Volksgruppenvertreter in ihrem Versuch eine bizonale und bikommunale Föderation zu finden. Er glaube wirklich, dass ein wiedervereintes Zypern in greifbarer Nähe sei.

In einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg hinsichtlich der Situation in der Türkei nach dem fehlgeschlagenen Putsch im Juli sagte die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini, dass es auf Seiten der Türkei einen klaren politischen Willen zur Lösung des Zypernproblems gebe. Mogherini betonte, dass sowohl die EU wie auch die Türkei derzeit gewillt seien, zur Lösung des Zypernproblems und einer Versöhnung in der Region wie auch in Europa beizutragen.

Griechisch- und türkisch-zypriotische Gewerkschaften, die Mitglieder des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) sind, hielten am 1. September eine gemeinsame Veranstaltung für Frieden und Wiedervereinigung in der Pufferzone in Nikosia ab. Der 1. September wird von den Mitgliedern des WGB als ein internationaler Aktionstag für den Frieden begangen. Die beteiligten Gewerkschaften waren PEO, Dev-Is, KTAMS, KTOS, KTOEOS, BES und Koop-Sen. Die Veranstaltung wurde allerdings auch von vielen Parteien und Organisationen beider Bevölkerungsgruppen unterstützt. Der Vorsitzende der BES, Ulus Arpalikli, und der Generalsekretär der PEO, Pambis Kritsis, verlasen eine gemeinsame Erklärung während der Veranstaltung. Unter

anderem begrüßten sie die militante und massenhafte Mobilisierung der türkischen Zyprioten, mit der jungen Generation an vorderster Front die gegen Maßnahmen seien, die darauf abzielten, kulturell und ideologisch Einfluss zu nehmen und eine Änderung der Identität anstrebten. Der Schutz der zypriotischen Identität und Unabhängigkeit, der kulturellen und ideologischen Werte könne nur mit Hilfe einer gerechten und tragfähigen Lösung der Zypernfrage gewährleistet werden. In der Erklärung wurden auch die beiden Volksgruppenvertreter aufgefordert, sich der Lage gewachsen zu zeigen und auf der Basis der bisher am Verhandlungstisch erreichten Ergebnisse ehrlich und mit verstärktem Engagement und vermehrter Entschlossenheit auf eine frühestmögliche Lösung hinzuarbeiten.

Die türkisch-zypriotische Handelskammer und die griechisch-zypriotische Handels- und Industriekammer veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, in welcher alle Interessenvertreter aufgefordert werden, die Zusammenarbeit zu stärken, um psychologische Barrieren, welche den Handel zwischen beiden Seiten behindern, zu überwinden. Der Handel zwischen beiden Seiten wird durch die sogenannte Green Line Regulation geregelt. Außerdem wird in der Erklärung betont, dass die beiden Kammern die Verhandlungen weiterhin unterstützten. Alle Beteiligten in Zypern wurden aufgefordert, ihren Beitrag zum Friedensprozess zu leisten.

Trotz der Proteste von Seiten griechisch-zypriotischer Parteien (DIKO, EDEK, Solidaritätsbewegung und ELAM) strömten mehrere tausend Zuschauer in das antike Theater von Salamina

(Salamis) in Famagusta um eine Aufführung von Sofoklis Tragödie Antigone zu sehen. Androulla Vasiliou, die Gattin des ehemaligen Präsidenten George Vasiliou, und Mitvorsitzende des bikommunalen Ausschusses für Kultur, welcher die Aufführung organisiert hatte, sagte, dass diese Aufführung für die griechischen und türkischen Zyprioten eine Gelegenheit sei, sich gemeinsam ein „Theaterstück mit einer bedeutenden Botschaft“ anzusehen und die türkischen Zyprioten mit antiker griechischer Kultur bekannt zu machen. Rund 4.000 Besucher sahen sich die Vorstellung an.

Die Mitglieder des Komitees für vermisste Personen (Committee on Missing Persons, CMP) stellten im Goethe-Institut Nikosia ein Buch mit dem Titel „Unter dem Johannesbrotbaum – verlorene Leben in Zypern“ vor. In dem Buch werden den Bemühungen all jener Anerkennung gezollt, welche durch ihre Arbeit das Leiden der Hinterbliebenen lindern und die Versöhnung zwischen beiden Bevölkerungsgruppen unterstützen wollen. Das Buch von Rory Maclean mit Fotografien von Nick Danziger ist auf Griechisch, Türkisch und Englisch erschienen. Das CMP wurde im April 1981 durch eine Vereinbarung zwischen den beiden Seiten ins Leben gerufen und steht unter der Schirmherrschaft der UN. In den vergangenen zehn Jahren wurden mehr als 1.000 Grabungen und Exhumierungen auf der ganzen Insel vorgenommen, um die sterblichen Überreste der Männer, Frauen und Kinder, die seit den gewaltsamen Auseinandersetzungen von 1963-64 und 1974 vermisst wurden, ihren Familien zu übergeben. Diese außergewöhnliche bikommunale Arbeit wird von einer neuen Generation

Zyprioten ausgeführt, welche die durch ihre Väter und Großväter verursachten Wunden schließen wollen. Insgesamt wurden 493 türkische Zyprioten und 1.508 griechische Zyprioten als vermisst gemeldet. Bisher wurden 181 türkische Zyprioten und 499 griechische Zyprioten identifiziert und ihre sterblichen Überreste ihren Familien übergeben.

Der türkisch-zypriotische Mitvorsitzende des bikommunalen Ausschusses für die Bekämpfung von Kriminalität, Hakki Celal Onen, bestätigte die in der griechisch-zypriotischen Presse veröffentlichte Zahl von 3.391 Fällen, in denen beide Seiten zusammengearbeitet hätten. Dies beinhaltet jedoch nicht den mündlichen Austausch von Informationen zwischen beiden Seiten. Er beklagte jedoch, dass die griechisch-zypriotische Seite keine Schritte dahingehend unternahme, um die in den Süden geflüchteten türkisch-zypriotischen Kriminellen in den Norden zu überführen. Demnach gebe es derzeit 19 türkische Zyprioten, die in den Süden geflüchtet seien, nachdem sie im Norden vor allem in Drogendelikte verwickelt gewesen waren.

Anlässlich des Besuchs einer Delegation der türkisch-zypriotischen sozialdemokratischen Partei TDP in der Parteizentrale der AKEL betonten beide Parteien zum wiederholten Male, dass sie mit aller Kraft zu dem derzeitigen Friedensprozess beitragen wollten.

Nach der Sommerpause im August trafen sich türkisch- und griechisch-zypriotische Parteien im September des Runden Tisches, der regelmäßig unter der Schirmherrschaft der slowakischen Botschaft stattfindet. Das Treffen wurde

von der TDP organisiert. In einer kurzen, nach dem Treffen verfassten Erklärung gaben alle Parteien an, dass sie sich einig darüber seien, dass die sich derzeit bietende Gelegenheit genutzt werden müsse. Die politische Führung beider Seiten wurde ermutigt ihre Bemühungen zu intensivieren um eine schnellstmögliche Lösung zu erreichen.

## 2. Gasvorkommen

Am 28. September trafen sich die Energieminister Zyperns, Griechenlands und Israels, Giorgos Lakkotryppis, Panos Skourletis und Yuval Steinitz, in Athen um die Möglichkeiten zum Transport von Erdgas aus dem östlichen Mittelmeer nach Europa mit Hilfe einer Pipeline, die nach Griechenland führen soll, zu besprechen. Steinitz bezeichnete den Vorschlag zum Bau einer Pipeline als „vielversprechend“, während Skourletis ankündigte, dass eine Machbarkeitsstudie über die 1.300km lange Unterwasserpipeline, die bis zu 16 Milliarden Kubikmeter Gas transportieren soll, in Arbeit sei und im Oktober vorgestellt werden soll. Die Lieferoptionen reichen von einer Pipeline, welche alle drei Länder verbinden könnte, über eine Pipeline, welche in die Türkei führt, bis zur Erzeugung von Flüssiggas (LNG) in Ägypten, um es anschließend nach Europa per Schiff zu transportieren.

Nach einem Treffen der bulgarischen Energieministerin Temenuzhka Petkova mit ihrem zypriotischen Amtskollegen in Nikosia, betonte die Ministerin, dass ihr Land Interesse an zyprioti-

schem Gas habe. Sie könne sich vorstellen, dass das Gas aus Zypern zu dem bulgarischen Gas-Hub am Schwarzen Meer geliefert werde und gleichzeitig russisches und kaspisches Gas nach Süd- und Mitteleuropa transportiert werden könne. Eine Machbarkeitsstudie über den Bau des 1,5 Milliarden Euro teuren Hubs nahe des Hafens von Varna am Schwarzen Meer werde nächstes Jahr in Auftrag gegeben. Der Hub soll die sich bereits im Bau befindlichen Verbindungen mit Griechenland, Serbien, Rumänien und die Türkei sowie eine Unterwasserpipeline aus Russland miteinander verbinden. Das zypriotische Gas könnte bei Engpässen mit Hilfe der Pipeline, die Bulgarien zusammen mit Griechenland baut, geliefert werden.

Am 23. September gab das staatliche Gasunternehmen Defa bekannt, dass es ein Ausschreibungsverfahren für Beraterdienste über die Lieferung von Flüssiggas durchführen werde, sieben Monate, nachdem eine Einigung über die kurzfristige Lieferung von Flüssiggas gescheitert war. Interessenten können ihre Angebote bis zum 31. Oktober vorlegen. Die Entscheidung gegen die sogenannte Interimslösung, wonach Zypern Gas importieren würde, bevor es sei eigenes Gas produziert, fiel einen Tag, nachdem die Regierung sich für eine dauerhafte Lösung entschieden hatte. Demnach soll Gas aus dem Aphroditefeld, Zyperns bis dato einziges Offshore-Gasfeld, genutzt werden. Die Förderung soll 2020 beginnen.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 26. September kam eine Delegation der Troika<sup>2</sup> zum ersten Mal nach Beendigung des Anpassungsprogramms im März nach Zypern, um die erste Bewertung der zypriotischen Wirtschaft für dieses Jahr vorzunehmen. Die Delegation traf sich mit Vertretern der Zentralbank und dem Management der drei größten Banken Zyperns: der Bank of Cyprus, Hellenic Bank sowie der Cooperative Central Bank. In einer gemeinsamen Erklärung nach Abschluss der Bewertung am 30. September betonte die Troika, dass Zypern zwar gute Fortschritte bei der Genesung der Wirtschaft gemacht habe, dies aber nicht ausreichend sei. Dies liege an dem verlangsamten Reformprozess und einer unzureichenden Anwendung der zur Verfügung stehenden Instrumente, um die Anzahl der notleidenden Kredite zu verringern. Außerdem müsse Zypern die Reformbemühungen auf den öffentlichen Dienst und die Einführung eines nationalen Gesundheitswesens konzentrieren. Des Weiteren müsse die Übertragung von Besitzurkunden beschleunigt, das Gerichtswesen modernisiert, die staatlichen Unternehmen privatisiert und der Energiemarkt reformiert werden.

Die Arbeitslosenrate fiel im zweiten Quartal 2016 auf 12,1%. Im ersten Quartal lag die

Arbeitslosenrate bei 14,1% und im Vorjahreszeitraum bei 14,6%.

Am 16. September verbesserte die Ratingagentur Standard & Poor`s Zyperns Bewertung um eine Stufe mit einer positiven Prognose. Demnach habe die Agentur ihre Bewertung hinsichtlich Zyperns langfristiger Staatsanleihen in inländischer und ausländischer Währung von BB- auf BB verbessert.

Der Ministerrat verabschiedete am 13. September den Haushalt für das Jahr 2017. Dies ist der erste Haushalt nach Beendigung des dreijährigen Anpassungsprogramms. Mit Hilfe des Haushaltsplans will die Regierung Bedingungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit verstärken, Arbeitsstellen schaffen und die Arbeitslosigkeit reduzieren. Laut den in dem strategischen finanzpolitischen Rahmen festgelegten Zielen, sollen die Staatseinnahmen 2017 bei 6.964 Milliarden Euro liegen, was einer Zunahme von 1,1% entspricht im Vergleich zu 6.839 Milliarden Euro im Jahr 2016. Die Staatsausgaben sollen 2017 bei 7.069 Milliarden Euro liegen, was einer Zunahme von 2,3% im Vergleich zu 2016 entspricht. Der Haushaltsplan wurde am 30. September dem Parlamentspräsidenten Demetris Syllouris von Finanzminister Harris Georgiades vorgelegt und soll bis Jahresende durch das Parlament geprüft und verabschiedet werden.

#### Innenpolitische Entwicklungen

Nach dem Dreiparteientreffen vom 25. September wurde der UN-Sonderberater für

<sup>2</sup> Die Troika besteht aus dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Europäischen Kommission (EK) und der Europäischen Zentralbank (EZB).



Zypern, Espe Barth Eide, von den gemäßigten Parteien DIKO, EDEK und der Solidaritätsbewegung heftig kritisiert und beschuldigt, die Grenzen seines Mandats als UN-Berater überschritten zu haben. Eide wurde auch beschuldigt, EU-Beamte falsch informiert zu haben und den Eindruck erweckt zu haben, dass ein Dreiparteientreffen auf der Tagesordnung stünde, gefolgt von einem Fünfparteientreffen, an dem auch die drei Garantmächte beteiligt seien. Maria Panayiotou, Sprecherin der EDEK, verlangte Eidens Abberufung. Laut DIKO Sprecher Athos Antoniadis habe Eide seine Glaubwürdigkeit als UN-Vertreter eingebüßt. Eleni Theocharous von der Solidaritätsbewegung verlangte ebenfalls die Abberufung von Eide. In letzter Zeit hatte Eide den Druck auf die Volksgruppenführer erhöht und sie gewarnt, dass sie die Verantwortung trügen, wenn sie die sich derzeit bietende Gelegenheit zur Lösung des Zypernproblems verstreichen ließen. Er behauptete ebenfalls, dass, es einen Konsens darüber gebe, in nächster Zeit ein neues Dreiparteientreffen mit Ban Ki Moon stattfinden zu lassen, auch wenn noch kein genauer Zeitpunkt festgelegt worden sei.

DIKO, EDEK, die Bürgerallianz und die Grünen planen eine gemeinsame Veranstaltung, um am zypriotischen Unabhängigkeitstag auf die Besetzung des Nordens durch die türkische Armee aufmerksam zu machen. Im Hinblick auf den Plan, die Verhandlungen bis Jahresende abzuschließen, waren sich die vier Parteien einig, dass das Fortbestehen der Republik Zypern im Falle einer Lösung gewährleistet werden müsse. In den vergangenen Monaten forderten die Hardlineparteien, dass im Falle einer Lösung ein

vereintes föderales Zypern als die Fortführung der Republik Zypern vertraglich festgelegt wird.

### **Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften**

Die beiden Gewerkschaften PEO und SEK kündigten einen unbefristeten Streik für die sich in privater Hand befindliche Meerwasserentsalzungsanlage in Episkopi nahe Limassol an, nachdem sie das Schlichtungsangebot des Arbeitsministeriums abgelehnt hatten. Das Unternehmen, dessen Arbeitnehmer individuelle Arbeitsverträge haben, wies in den letzten zehn Monaten ein Gesprächsangebot der Gewerkschaften über tarifvertraglich festgelegte Arbeitsverträge zurück. Der Streik begann am 12. September und dauerte vier Tage. Das Arbeitsministerium legte daraufhin einen neuen Schlichtungsvorschlag vor, wonach die Angestellten Tarifverträge bekommen sollten. Der Vorschlag wurde am Ende von beiden Seiten akzeptiert.

80 Angestellte der Genossenschaftsbanken nahmen das Angebot einer freiwilligen Vorruhestandsregelung an. Das Bankmanagement betrachtet dies als einen Erfolg. Für 2017 sind weitere Vorruhestandsregelungen auf freiwilliger Basis vorgesehen mit dem Ziel, die Genossenschaftsbanken wettbewerbsfähiger zu machen. Die Vereinheitlichung der Arbeits- und Öffnungszeiten wurde ebenfalls vorgebracht mit einer Fünftagewoche und täglichen Arbeitszeiten von 7.30 – 15 Uhr, außer freitags, wo die Angestellten 30 Minuten früher aufhören. Dies soll ab Oktober für alle Genossenschaftsbanken gelten. Außerdem steht die Erneuerung des Tarifabkommens an, in dem die Gehälter für die



nächste Tarifrunde verhandelt werden müssen. Eine Reihe von Tarifvereinbarungen sind 2014 abgelaufen, wurden jedoch mit Hilfe einer Vereinbarung zwischen der Zentralbank und den Gewerkschaften bis 2018 verlängert. Die Gehälter und die automatische Anpassung der Gehälter an die Lebenshaltungskosten sind derzeit eingefroren. Die Gewerkschaften PEO, SEK und PASIDY wollen jedoch eine Gehaltserhöhung durchsetzen, welche sich an jener des öffentlichen Dienstes orientiert. Die Gewerkschaft ETYK, welche die Angestellten der Zentralbank vertritt, ist ebenfalls mit deren Arbeitgeber im Gespräch. In einer Erklärung lobt ETYK die Anpassung der Arbeitszeiten der Genossenschaftsbanken an jene der privaten Banken.

SEK veröffentlichte eine Erklärung, wonach ein wichtiger Arbeitgeber, dessen Namen nicht genannt wurde, seine weiblichen Arbeitnehmer bei deren Einstellung zwingt, eine Erklärung zu unterschreiben, wonach sie in den kommenden zwei bis drei Jahren nicht schwanger werden. SEK bezog sich auf 18 Beschwerden, welche dem Arbeitsministerium vorlägen hinsichtlich eines Verstoßes der Mutterschaftsrechte, geht aber von weit mehr Fällen aus.

PEO veröffentlichte eine Bekanntmachung über die Verletzung einer Vereinbarung über Gehälter und die Einrichtung eines Fonds für eine einmalige Zahlung zum Berufsende zwischen den Gewerkschaften und der Regierung im halbstaatlichen Sektor. PEO fordert die Einhaltung der Vereinbarung, ist aber zu einem Dialog bereit. Gleichzeitig lehnt die Gewerkschaft die Auslagerung öffentlicher Dienste hin zu privaten Dienstleistern ab.

In einer weiteren Bekanntmachung lehnte PEO den Gesetzesvorschlag der Regierung über das Management des Fonds für erneuerbare Energien ab und behauptet, dass die Regierung die Kosten mit Hilfe einer 170%igen Erhöhung der Kundengebühr auf die Verbraucher abwälzen möchte. PEO schätzt, dass dies eine 7,5%ige Erhöhung der Stromrechnung für den durchschnittlichen Haushalt bedeuten und die einkommensschwachen Teile der Bevölkerung besonders hart treffen würde, während die Unternehmen die Kosten auf ihre Kunden verlagern würden.

Laut SEK dürfe es keine Toleranz bei Korruption geben. Während die Gewerkschaften Opfer brächten, würden andere die Gemeinschaft bestehen.

Die Gewerkschaft der Grundschul- und Vorschullehrer POED hielt am 21. September einen einstündigen Streik ab. Es wurde gegen eine neue Regelung des Erziehungsministeriums protestiert, wonach neue Stellen mit Lehrkräften besetzt werden sollen, die auf Stundenbasis und mit Zehnmonatsverträgen eingestellt werden. Da noch keine Lösung gefunden wurde, wird im Oktober mit weiteren Arbeitsunterbrechungen gerechnet.

Der neue Plan des Arbeitsministeriums im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit konzentriert sich auf die Weiterbildung von Empfängern des garantierten Mindestlohns und Personen ohne Schulabschluss um deren Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern.

Die Gespräche über die Reform der automatischen Anpassung der Gehälter an die Lebens-

haltungskosten (COLA) im privaten Sektor sollen im Oktober unter der Leitung des Arbeitsministeriums beginnen. Das Ministerium wolle alle Sozialpartner anhören. Die Anpassungen sind seit 2012 eingefroren. Am ersten Januar 2017 sollen die Anpassungen wieder gelten. Während die Arbeitgeber eine Anpassung bisher immer abgelehnt hatten, fordern sie nun, dass die Gehälter im Hinblick auf die fallenden Lebenshaltungskosten gekürzt werden müssten. Die Gewerkschaften hingegen machten deutlich, dass die Gehälter als Folge der Rezession bereits um 20% gekürzt worden waren, während die gesetzlichen Leistungen entweder gestrichen oder reduziert worden waren. Man werde keine weiteren Kürzungen akzeptieren.

Der Umfang der Schwarzarbeit hat zugenommen, betrifft alle Sparten und ist unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit. Die Strafe in Höhe von 200 Euro, die der Arbeitgeber bisher zahlen musste, wird als zu niedrig eingestuft, um die Entwicklung einzudämmen. Vor allem das Baugewerbe, Hotels und Restaurant sind davon betroffen. In einem Gesetzesvorschlag soll die Strafe auf 500 Euro für jeden Monat erhöht werden, in dem ein Arbeitnehmer auf informeller Basis angestellt ist. Außerdem soll ein digitales Prüfsystem zum Einsatz kommen. Die Gewerkschaften unterstützen die Gesetzesinitiative, während die Arbeitgeberverbände dagegen sind und die Strafen als zu hoch einstufen.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Der Minister für Wirtschaft und Energie Sunat Atun gab bekannt, dass die Regierung ein Protokoll über die Zusammenarbeit mit der Türkei hinsichtlich erneuerbarer Energien, der Verlegung eines Unterwasserkabels sowie der Erkundung von Erdgas an Land und im Meer vereinbart habe.

Es wird eine Zunahme bei der Zahl ausländischer Studenten ohne die Einbeziehung türkischer Studenten an den 14 Universtitäten im Norden von 22.000 auf 27.000 erwartet, während die Zahl türkischer Studenten zwischen 50.000 und 55.000 liegen könnte. Berichten zufolge tragen die ausländischen Studenten mit 450 Millionen Dollar jährlich zur türkisch-zypriotischen Wirtschaft bei.

Laut der türkisch-zypriotischen Handelskammer wurden zwischen Januar 2016 und September 2017 1.292 Tonnen Kartoffeln im Wert von 323.000 Euro im Rahmen der Green Line Regulierung in den Süden exportiert. Der Export wurde im August aufgrund von Protesten der Kartoffelbauern im Süden ausgesetzt, im September nach einer Intervention der beiden Volksgruppenvertreter jedoch wiederaufgenommen.

Die türkisch-zypriotische Handelskammer (KTTO) und die türkische Union der Handelskammern und Warenbörsen (TOBB) verfassten einen vorläufigen Plan, wonach türkisch-zyprio-

tische Unternehmen ihre Aktivitäten im Falle einer Lösung auf den Süden ausdehnen können.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Die türkisch-zypriotische Regierung will in Anlehnung an die Türkei nicht auf die Winterzeit umstellen. Der türkische Ministerrat begründet dies damit, dass man das Tageslicht nutzen wolle. Die Uhren werden Ende Oktober also nicht wie im Süden um eine Stunde vorgestellt. Der einstündige Zeitunterschied zwischen dem Norden und dem Süden der Insel bedeutet eine weitere unrühmliche Kuriosität auf der geteilten Insel.

Die Stadtverwaltung von Gönyeli hat als letzte einen Vertrag über den Kauf von aus der Türkei geliefertem Wasser unterschrieben. Somit beziehen nun alle Gemeinden und Städte Wasser aus der Türkei. Der Generaldirektor der türkischen staatlichen Wasserwerke (DSI) gab an, dass 70% des Nordens mit Trinkwasser im Rahmen des Wassertransferprojekts versorgt werden.

Nach einem Appell von Seiten verschiedenster politischer Parteien und Bürgerinitiativen wurde ein kontroverses Dekret der Regierung (das sogenannte Kyrenia Dekret) vom türkisch-zypriotischen Verfassungsgericht vorläufig auf Eis gelegt. Das Dekret sollte den Bau von Hochhäusern entlang der Nordküste ermöglichen. Laut einer Erklärung der People's Party HP sei das Dekret nicht verfassungskonform und verletze Planungsregeln sowie Gesetze zur Entwicklung des Tourismus. Sie würden das Gesetz bis zur letzten Instanz bekämpfen. In ähnlicher Weise

klagte die oppositionelle Republican Turkish Party CTP vor dem Verfassungsgericht gegen das Dekret.

### **Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften**

Im Norden wurde eine neue Gewerkschaft, die Gewerkschaft für Gleichberechtigung und Gerechtigkeit (Hak-Sen) gegründet. In einer Pressekonferenz begründeten die Gründungsmitglieder dies damit, dass sie der abnehmenden Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften entgegen steuern wollten. Des Weiteren versprachen die Gründungsmitglieder, die Präsenz der Gewerkschaften in privaten Unternehmen voranzutreiben und betonten gleichzeitig, dass die Gehälter im öffentlichen Dienst in den letzten 8-9 Jahren auf dem gleichen Stand geblieben seien.

Am 26. September kündigte die Emek-İş, die ein Mitglied im Revolutionären Gewerkschaftsverband Dev-İş ist, einen unbefristeten Streik in der Kläranlage in Haspolat (Mia Milia). Der Grund sei die Entscheidung des Arbeitgebers, einen Angestellten entgegen der tariflichen Vereinbarungen unbefristet zu suspendieren. Der Streik wurde am 30. September abgebrochen, nachdem sich beide Seiten geeinigt und ein Protokoll unterschrieben hatten, wonach der Angestellte wieder auf seinen alten Platz zurückkehren könne. Die Anlage ist eines der wenigen privaten Unternehmen im Norden mit Gewerkschaftsvertretung.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen



### Oktober

**Freitag 14.10.2016, 10:00 -16:00**

**Samstag 15.10.2016, 10:00 – 13:00**

PRIO/Oslo University/NTNU/FES

Konferenz/Workshop

#### **Migration and Conflict in Europe and the Middle East**

Chateau Status, UN Buffer Zone

Nikosia, Zypern

Freitag: Öffentliche Veranstaltung

Samstag: Nicht-öffentliche Veranstaltung

**Mittwoch 26.10.2016, 15:00 – 18:30**

**Donnerstag 27.10.2016, 15:00 – 20:00**

University of Cyprus / University of Kent /  
Cyprus Association of Social Psychology / FES  
Konferenz

#### **Referendums in Peace Processes: Psychological, Political and Legal Aspects**

Mittwoch: Home for Cooperation

Donnerstag: University of Nicosia

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



### November

**Freitag 21.10.2016, 9:30 – 18:00**

FES

Konferenz

#### **Youth Unemployment**

University of Nicosia,

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Donnerstag, 03.11.2016, 9:45-17:45**

PCC/FES

Konferenz

#### **Cyprus-Greece Relations: A Beyond-the-Stereotype Overview**

Centre for Visual Arts and Research (CVAR)

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Donnerstag 03.11.2016, 12:00-17:00**

**Freitag 04.11.2016 8:45-13:00**

World Vision/FES  
Workshop, Konferenz

**Paths Towards Sustainable Peace Building  
United Nations Security Council Resolution  
(UNSCR) 1325 into the Cyprus context**

**Donnerstag:** Home for Cooperation, CCMC,  
Ledra Palace, UN Pufferzone, Nikosia, Zypern

Nicht-öffentliche Veranstaltung

**Freitag:** EU House  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Freitag 11.11.2016 – Sonntag 13.11.2016**

FES  
Seminar

**Journalistenseminar**

CCMC, UN Pufferzone,  
Nikosia, Zypern

Nicht-öffentliche Veranstaltung



**Samstag 19.11.2016 und Sonntag 20.11.2016**

Enorasis/ FES  
Workshop

**12th Annual Friendship Weekend**

Forest Park Hotel,  
Platres, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Montag 21.11.2016**

PRIO Cyprus Centre/Atlantic Council/FES  
Konferenz

**Energy Conference**

Chateau Status, UN Pufferzone  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Samstag 26.11.2016**

PRIO Cyprus Centre/FES  
Konferenz

**Return, Remembering, Reconciliation.  
Lessons to be Learned**

Home for Cooperation, UN Pufferzone  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Impressum:****Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336  
Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)  
Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)  
Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

**Text:**

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-  
Boeros und Sophia Papastavrou

**Übersetzung:**

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

**Layout:**

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-  
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-  
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)